



Altersaufbau der Bevölkerung

Männer: 1900 (red), 2015 (green)
Frauen: 1900 (orange), 2015 (yellow)

Alter (0-100)
Anzahl Personen, in 1000

Der Altersaufbau der Bevölkerung hat sich im Laufe des 20. Jahrhunderts massiv verändert. Der Anteil der Jugendlichen (unter 20 Jahren) halbierte sich in 115 Jahren, er sank von 40,7 (1900) auf 20,1 Prozent (2015). Hingegen stieg die Zahl der über 64-Jährigen von 5,8 auf 18,0 Prozent. Und da in den nächsten Jahren hunderttausende Babyboomer in Rente gehen werden, wird sich der Anteil der über 65-Jährigen bis 2045 auf 26 Prozent erhöhen. Mit ein Grund ist die längere Lebenserwartung, die sich in der Bevölkerungsstatistik abzeichnet und noch weiter ansteigen wird. So wuchs der Anteil der Betagten (80-jährig und mehr) von 0,5 auf 5 Prozent. Jede zwanzigste Person, die in der Schweiz lebt, ist älter als 80. Gemäss Berechnungen des Bundesamts für Statistik könnte bis 2045 jede zehnte Person in der Schweiz über 80 sein.

Die Erwerbsbevölkerung wächst von 4,822 Millionen Personen im Jahr 2014 auf 5,328 Millionen im Jahr 2045.

Auf 408 Milliarden Franken wird der Wert der unbezahlten Arbeit geschätzt. Rund 9,2 Milliarden Stunden sind in der Schweiz unbezahlt gearbeitet worden. Das ist mehr als für bezahlte Arbeit (79 Milliarden Stunden). **Für freiwillige Betreuungsaufgaben wurden 1,5 Milliarden Stunden aufgewendet**, 81 Milliarden Franken beträgt der Wert, wovon ein bedeutender Teil von über 65-Jährigen geleistet wird.

22,6 Jahre Lebenserwartung haben **Frauen** im Alter von 65 Jahren.

19,8 Jahre Lebenserwartung haben **Männer** im Alter von 65 Jahren.

QUELLE: BFS, BSV / FOTO: THINKSTOCK / GRAFIK: MICHA WERNLI

Schön alt

Um die Herausforderungen der Demografie zu meistern, soll das Älterwerden als Chance anerkannt werden. Soziologe Peter Gross nennt neue Wege, wie die Altersreform gelingen kann.

VON ANNA WANNER

Ob Pflegefinanzierung, Altersvorsorge oder Ergänzungsleistungen: Wenn ein Sozialwerk die alternde Bevölkerung besonders zu spüren bekommt, dreht sich die Frage nur darum, die «Problematik» des Älterwerdens, der unaufhaltbaren demografischen Entwicklung zu lösen. Die Politik sucht seit Jahren nach Ansätzen, wie die Renten

und Pflegeleistungen für die steigende Zahl der Betagten und Hochbetagten finanziert werden soll. Bisher erfolglos. Zuletzt scheiterte im September die Altersreform - auch weil die Jungen das Gefühl hatten, die Renten der älteren Generation alleine über zusätzliche Abgaben finanzieren zu müs-

sen. Gleichzeitig fühlten sich die Alten übergangen, da der versprochene Rentenzuschlag à 70 Franken pro Monat ausschliesslich Neurentnern zugeflogen wäre. Die Gegner beschworen als Abstimmungstaktik einen Generationenkonflikt herauf und schafften es so, die Vorlage an der Urne zu versenken.



Zunächst: Das Bild korrigieren

Die Sichtweise jung gegen alt stört Peter Gross, emeritierter Soziologieprofessor der Universität St. Gallen. Schon lange plädiert er für ein positiveres Bild des Älterwerdens. Die Langlebigkeit sei eine «zivilisatorische Errungenschaft», die in der Gesellschaft und vor allem auch der Politik viel zu wenig Anerkennung erhalte. «Das Altern moderner Gesellschaften wird immer noch hauptsächlich als Kostenfaktor, als Klotz am Bein angesehen», moniert er. Dabei würde ein positiveres Bild viele Probleme lösen.

Gross formuliert drei Gegenthesen zum Generationenkonflikt. Dabei geht es ihm darum, von der vorherrschenden Idee wegzukommen, dass die Alten den Jungen hauptsächlich auf der Tasche liegen:

> Nicht «die Jungen» finanzieren die Renten, sondern Erwerbstätige

Je höher der Lohn, desto höher der AHV-Beitrag. Und da ältere Arbeitnehmer meist mehr verdienen, zahlen sie auch höhere Beiträge in die AHV als junge Kollegen. Gleichzeitig impliziert Gross, dass auch Pensionierte ihren Beitrag beisteuern, wenn sie denn noch arbeiten können oder dürfen.

> Rentner bezahlen viel ihres Beitrags über verschiedene Steuern

Die Rentner bezahlen ihren gesellschaftlichen und finanziellen Beitrag über Einkommens- und Vermögenssteuern, über Mehrwertsteuern, höhere Krankenkassenprämien, Erbschaften und unentgeltliche Leistungen, wie das Hüten von Enkelkindern. Oftmals pflegen Pensionierte ihre hochbetagten Eltern oder ihren Partner. Zudem vergessen laut Peter Gross viele Junge, dass Bildung hauptsächlich über Steuern finanziert wird - und also stark von den Alten mitgetragen wird.

> Eine Verjüngung der Gesellschaft ist nicht wünschenswert

«Wenn wir Gesellschaften vergleichen, die in der Mischung mehr junge als ältere Personen haben, sehen wir, dass es ihnen wirtschaftlich meist schlechter geht», sagt Gross. «Das Gerangel um Arbeitsplätze fällt bei uns weitgehend weg.» Die Schweiz stehe eher vor dem Problem, dass (Lehr-) Stellen nicht besetzt werden können. Als weiteren Vorteil nennt Gross die Ruhe und den Frieden einer verhältnismässig älteren Gesellschaft.

Alte Zöpfe abschneiden

Aus diesen Prämissen skizziert Peter Gross neue Wege, um die alternde Bevölkerung besser im Alltag zu integrieren. Er fordert von der Wirtschaft und Gesellschaft, über 65-Jährige stärker als wirtschaftlichen Faktor einzusetzen und auch wahrzunehmen. Ein pensionierter Mann ist nicht nur Steuerzahler oder Gratis-Hüte-Dienst, sondern vor allem auch Konsument und Erwerbstätiger. Damit dieses Umdenken gelingt, müssen Weichen neu gestellt werden.

Am dringlichsten hält er die Aufhebung der «Zwangspensionierung». Fast jeder zweite Pensionär würde heute gerne weiterarbeiten, aber nur jeder fünfte kann diesem Wunsch auch nachkommen. Viele Arbeitnehmende fallen einer (gesetzlichen) Alters Guillotine zum Opfer: So werden Professoren mit 65 emeritiert, Beamte bis vor ein paar Jahren gerne auch in die Frühpension geschickt. Erst langsam findet in öffentlichen Betrieben ein Umdenken statt. So führt der Verkehrsverbund der Stadt Zürich ein Pilotprojekt durch, bei welchem Tramchauffeure in gutem Gesundheitszustand nach 65 weiter arbeiten können, wenn sie das wollen. Für Peter Gross ist die Anpassung längst überfällig: «Gegen oben muss die Pensionierung komplett flexibel sein. Wer länger arbeiten will und kann, soll das auch dürfen.»

Markt für Alte öffnen

Freilich ist sich auch der Soziologe der Problematik bewusst, dass der Arbeitsmarkt nicht aktiv nach älteren Arbeitnehmern sucht. Deshalb verlangt er ein Umdenken der Wirtschaft. Der Markt hat verschiedene Nischen entdeckt, sich etwa auf Familien, Studenten oder Single-Haushalte spezialisiert. Gross bemängelt, dass es bisher nicht oder nur ungenügend gelungen ist, Produkte spezifisch für ältere Personen zu entwickeln. «Die Finger eines 75-Jährigen sind nicht mehr so flink, um Milchpackungen zu öffnen», führt er als Beispiel an.

Die Wirtschaft habe noch zu wenig erkannt, welches Potenzial in der Generation der über 65-Jährigen liegt. Das gelte nicht nur in Bezug auf den Konsum, sondern vor allem auch auf die Entwicklung neuer Produkte: «Um die Bedürfnisse der älteren Bevölkerung zu kennen, muss sie aktiv in die Arbeitswelt eingebunden werden.» Gross spricht von einer «Harmonisierung» von Angebot und Nachfrage. Die Situation heute sei paradox: «Während die Kunden immer älter werden, pflegen die meisten Unternehmen nach wie vor einen Jugendwahn und sprechen, auch angesichts der digitalen Herausforderungen, einer Verjüngung der Belegschaften das Wort.»

Einen neuen Sinn finden

Da das Alter auch mit Strapazen und Krankheit begleitet wird, wünscht sich Gross schliesslich auch ein Umdenken der älteren Generation. Wenn Arbeit und Hobbys plötzlich wegfallen, fehlt vielen eine sinnstiftende Aufgabe. Deshalb will er die Menschen dazu ermutigen, sich nicht nur materiell für das Alter abzusichern, sondern eine Sinnhaftigkeit im Altern zu entdecken. Ein Beispiel sind sogenannte Zeitbörsen: Wer seine Zeit einem anderen Menschen widmet, erhält diese gutgeschrieben und kann sie zu einem späteren Zeitpunkt abrufen und selber davon profitieren. Damit leisten sie nicht nur einen Beitrag zur Gene-



rationengerechtigkeit, der Umgang mit einsamen oder bedürftigen Menschen ergibt den Menschen einen Sinn.



Peter Gross: «Wer länger arbeiten will und kann, soll das auch dürfen.» HO

GENERATIONEN-SERIE

Die Menschen werden immer älter – und das ist doch eigentlich grossartig. In der Politik aber wird die steigende Lebenserwartung fast nur problematisiert; die gescheiterte Altersreform war Ausdruck davon. Die «Nordwestschweiz» setzt sich in der Neujahrswocche mit den vielschichtigen Folgen der alternden Gesellschaft auseinander. Heute gehts um die Chancen, welche der demografische Wandel – neben allen Herausforderungen – für die Politik und die Wirtschaft dennoch mit sich bringt.

Bereits erschienen:

- Mittwoch: Das grosse Geschäft mit den Senioren.
- Donnerstag: Wie es in einem Mehrgenerationenhaus zugeht.
- Freitag: Warum die Silberfuchse nimmermüde sind.

Wird die Politik der alternden Gesellschaft gerecht?

Bundesrat und Parlament ringen seit Jahrzehnten um eine bessere Alterspolitik. Wieso Ideen immer wieder auftauchen, aber den Durchbruch nicht schaffen.

VON ANNA WANNER

Die demografische Entwicklung beschäftigt die Politik seit Jahrzehnten. Die Bundesverwaltung hat zum Thema Dutzende Berichte verfasst. Vor zehn Jahren kam er in der «Strategie für eine Schweizerische Alterspolitik» aber zum Schluss, dass «die Situation der älteren Personen insgesamt als gut bezeichnet werden kann». Dass das «defizitäre Bild des Alters» nicht mehr zeitgemäss sei, zeige sich an einer geringen Altersarmutsquote sowie der besseren Gesundheit im Alter und vor allem an den Leistungen, welche die ältere Generation für Familie und Gesellschaft erbringe.

Trotzdem definierte der Bundesrat im Demografiebericht vor einem Jahr Handlungsfelder. Die Alterung der Gesellschaft sei ein «Megatrend» und vergleichbar mit dem Klimawandel «unumkehrbar». Zuvorderst steht die Sicherung der Sozialwerke, doch auch der Pflege sowie der Erwerbsbeteiligung und dem Zugang zum öffentlichen Leben wird ein hoher Stellenwert beigemessen. Die Rezepte gleichen sich in vielen Bereichen. Ältere Arbeitnehmer sowie Frauen sollen besser in den Arbeitsmarkt integriert werden. Nicht nur weil Arbeitskräfte zunehmend knapp werden, sondern weil die Sozialversicherungen neue Einnahmequellen brauchen.

Deswegen gilt auch die Zuwanderung als Rezept zur Entlastung, da mehr Erwerbstätige die Sozialwerke



stärken und dem Fachkräftemangel direkt begegnen. Zu den konkreten Handlungsfeldern gehören drei Punkte:

- > Erhalt und Förderung der Erwerbsbeteiligung von älteren Arbeitnehmenden und Frauen
- > Flexibilisierung der fixen Altersgrenzen für die Erwerbsbeteiligung
- > Abbau der Diskriminierung von älteren Arbeitnehmenden

Was sich bei diesen Themen zeigt: Sie drehen sich im Kreis. Zwar verbessert sich die Situation teilweise ohne Eingriff des Gesetzgebers. Doch gewisse Ideen erweisen sich als derart hartnäckig, dass sie immer wieder auftauchen, aber es nie zum Durchbruch schaffen. Jene, die hauptsächlich am Volkswillen scheitern, sind in diesem Fall mal ausgeklammert.

Flexibilisierung des Pensionierungsalters

Bereits vor über 30 Jahren gingen Vorstösse im Parlament ein, welche verlangten, das Rentenalter zu flexibilisieren. Der Basler SP-Ständerat Carl Miville wollte Mitte der 80er-Jahre allen Erwerbstätigen einen Renten-Vorbezug ermöglichen. Bald zeichnete sich aber ab, dass angesichts der Alterung der Gesellschaft nicht nur ein Vorbezug der Rente möglich sein soll, sondern dass Erwerbstätigen ermöglicht werden muss, länger arbeiten zu können. Da die vom damaligen Sozialminister Pascal Couchepin (FDP) angestossene Forderung Rentenalter 67 aus Popularitätsgründen schnell wieder versandete, forderte Parteikollegin und Ständerätin Trix Heberlein (ZH) eine Flexibilisierung des Rentenalters gegen oben.

Die Partizipation älterer Arbeitnehmenden im Arbeitsmarkt sei zu fördern. Dabei hatte sie nicht nur die Sozialversicherungen

im Blick, die es zu entlasten gelte, sondern auch einen «absehbaren Fachkräftemangel». Konkret wollte sie es Erwerbstätigen ermöglichen, bis ins Alter von 75 oder 80 Jahren in die AHV und die berufliche Vorsorge einzuzahlen. Als Belohnung sah sie eine Zusatzrente sowie einen tieferen Steuertarif vor. Nachdem die Forderung 2009 abgeschrieben wurde, nahm die Solothurner SP-Nationalrätin Bea Heim die Idee in anderer Form wieder auf: Um die Chancen älterer Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen, sei insbesondere das Instrument der Altersteilzeit zu prüfen. Bundesrat Alain Berset brachte die Idee der Flexibilisierung schliesslich in die Altersreform 2020 ein. Obwohl die Reform im September abgelehnt wurde, steht das flexible Rentenalter auch bei der Neuaufgabe der Reform bereits fest. Es gilt heute als unbestritten.

Gegen die Diskriminierung älterer Arbeitnehmer

Bereits ein Jahr nach der Einführung der obligatorischen beruflichen Vorsorge stiessen sich Parlamentarier an den abgestuften Altersgutschriften. Auch der damalige Nationalrat Christoph Blocher (SVP/ZH) monierte, dass Arbeitgeber für ältere Arbeitnehmer viel höhere Vorsorgebeiträge leisten müssten als für jüngere. Letztere hätten deshalb bessere Chancen, eine Anstellung zu erhalten. «Diese Entwicklung hat für im Alter vorgerückte Arbeitnehmer verhängnisvolle Auswirkungen», so Blocher. Er verlangte vom Bundesrat Antworten darauf, wie diese «unbefriedigende Situation» zu beseitigen sei. Blocher war bei Weitem nicht der Einzige, der eine Staffelung der Altersgutschriften für falsch hielt.

Politiker unterschiedlichster Couleur wie die Nationalräte Serge Beck (liberale Partei/VD), Meinrado

Robbiani (CVP/TI), Albert Vitali (FDP/LU) und Kathrin Bertschy (GLP/BE) hielten es alle für ungerrecht, wenn ein Arbeitgeber bis zu fünf Prozent höhere Lohnkosten bezahlen muss, wenn er einen 55- statt eines 25-Jährigen einstellt. Geändert hat sich daran bis heute nichts. Zwar wurde im Zuge der Altersreform 2020 diskutiert, die Altersgutschriften für alle Altersstufen gleichzusetzen. Doch das Parlament entschied sich nur für eine kleine Anpassung. Ob nach dem Scheitern der Reform die Altersgutschriften doch noch angepasst werden, ist weiter offen. Auf den Vorstoss von Kathrin Bertschy antwortete der Bundesrat, dass Änderungen «hohe Zusatzkosten» verursachen würden: Die älteren Versicherten müssten dann bei tieferen Altersgutschriften eine Rentenkürzung in Kauf nehmen.